

20. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 8. November 2007

Wohlstand durch Wettbewerb (VI): attraktiv und nachhaltig bei Nacht (3) – Gesetz zur Aufhebung des Straßenausbaubeitragsgesetzes –

Andreas Otto (Grüne) [zu Protokoll gegeben]:

Noch leuchten die meisten der 220 000 Straßenlaternen in Berlin – aber viele sind überaltert, ein Teil ist defekt, der Betrieb ist teuer und er ist klimaschädlich, weil die Möglichkeiten der Energieeinsparung nicht genutzt werden. Das wissen alle hier im Hause, und zwar schon sehr lange, doch es passiert nichts!

Der Senat hat uns im September eine Drucksache vorgelegt, die als „Gesamtkonzept für die öffentliche Beleuchtung“ betitelt ist. Doch bei näherer Betrachtung ist es ein sehr dürftiges Papier.

Ihre Vorlage, Frau Bürgermeisterin Junge-Reyer, sagt nichts zu den Erneuerungsraten, zur Energieeinsparung oder zu den Klimafolgen. Dafür kündigt es nunmehr die Entwicklung eines „Lichtkonzeptes“ an. Von den 44 000 Gasleuchten wollen Sie lediglich 8 400 auf Strom umstellen. Dabei ist bekannt, dass Wartung und Betrieb der Gaslaternen wesentlich teurer sind als bei modernen Elektrolampen. Allein die Verbrauchskosten je Lampe sind viermal so hoch wie bei Strombetrieb. Die Umstellung der anderen 35 000 Gaslaternen ist von Ihnen nicht gewollt, und außerdem haben Sie Schwierigkeiten mit dem Straßenausbaubeitragsgesetz.

Moment mal: Modernisierung, Energieeinsparung, eine zuverlässige Beleuchtung für Sicherheit auf den Straßen und Gehwegen soll an Ihrem Straßenausbaubeitragsgesetz scheitern? Sie wollen weiter Millionen verschwenden, weil Sie ein Gesetz zusammengestoppelt haben und sich bei der Anwendung nun schwertun? Da kann ich es nachvollziehen, wenn die FDP in der Drucksache 16/0944 die Abschaffung des Straßenausbaubeitragsgesetzes vorschlägt. Aber es ist natürlich der falsche Weg. Das Gesetz hatte den richtigen Kern, die Straßenanrainer an den Kosten von Verbesserung, Erweiterung und Erneuerung von Straßen zu beteiligen. Aber es ist schlecht vorbereitet worden und die Umsetzung ist halbherzig. Der Kollege Hillenberg hat hier sogar am 5. Juli 2007 behauptet:

Diejenigen, die maßgeblich an dem Gesetz mitgewirkt haben, Herr Dr. Nelken, Herr Radebold und ich, wurden aber von der Verwaltung hinters Licht geführt.

Was ist das für ein Gesetzgebungsklima, frage ich Sie an dieser Stelle.

Ich glaube, hier liegt ein typisches rot-rotes Gesetz vor: vernünftige Idee gehabt, schwierige Beschlussfassung, halbherzige Begleitung in der Anwendung. Bis heute gibt es keine Verwaltungsvorschriften gemäß § 24 des Gesetzes. Seit über einem Jahr ist ungeklärt, ob Fördermittel, z. B. im Rahmen der GA-Förderung, die umlagefähigen Kosten senken oder nicht, also konkret, ob bei 90 Prozent Fördermitteln nur die 10 Prozent Eigenanteil Berlins auf die Anwohner umgelegt werden oder alle Kosten Grundlage für so eine Umlage bilden – ein großes Gleichheitsproblem, wenn in einer Straße 10 Prozent, in der anderen 100 Prozent der Kosten die Basis für die Ausbaubeiträge bilden.

Wir haben heute über die Umweltzone diskutiert – genauso ein halbherziges Vorgehen: keine umfassende Information und Werbung, hin und her in der Umsetzung. Von dem Theater um den Nichtraucherschutz will ich mal gar nicht sprechen. Alles Projekte, die einen positiven Kern haben, aber die durch den Senat mangelhaft umgesetzt werden.

Regieren ist schwer, aber es darf nie halbherzig sein. Genauso eine Halbherzigkeit droht schon wieder bei der Straßenbeleuchtung. 40 Millionen € wollen Sie bis 2011 1709 Abgeordnetenhaus von Berlin – 16. Wahlperiode 20. Sitzung vom 8. November 2007 jährlich ausgeben. Aber Sie wollen eben nicht den größten Teil der Gaslaternen auswechseln, Sie wollen nicht den größtmöglichen Beitrag zum Klimaschutz leisten und Sie wollen nicht die wirtschaftlichste Lösung für diese Stadt.

Wann geht unserem Senat endlich ein Licht auf? Für Bündnis 90/Die Grünen ist unstrittig, dass eine Ausschreibung längst hätte erfolgen können, wenn der Senat ein finanziell und ökologisch durchdachtes Konzept hätte. Das Bezirksamt Mitte hatte dazu die nötigen Vorstellungen entwickelt. Wenn Sie das umgesetzt hätten – bereits heute gäbe es Einsparungen bei den Bewirtschaftungskosten in zweistelliger Millionenhöhe.

Der Bezirk Mitte hatte ein entsprechendes Gutachten beauftragt. Auf der Sitzung des Ausschusses für Bauen und Wohnen am 10. Oktober 2007 haben wir den Senat um die Aushändigung des Gutachtens an die Fraktionen gebeten. Frau Bürgermeisterin Junge-Reyer hat es zugesagt, bis heute liegt es uns nicht vor. Warum frage ich Sie.

Meine Fraktion hat vorgeschlagen, die Mittel für die Straßenbeleuchtung im Haushalt 2008/09 zu sperren, jedes Jahr 40 Millionen €. Die Koalition ist dem nicht gefolgt.

Wir wollen die Umrüstung bzw. den Ersatz der historischen Beleuchtung und möchten dabei nur einige wenige gasbetriebene Laternen an ausgewählten Orten erhalten. Die Gaslaterne feiert gerade ihren 200. Geburtstag. Nach 200 Jahren haben wir das Recht und die Pflicht zu prüfen, ob und wie viel Gasbeleuchtung wir brauchen und wie wir sie ansonsten adäquat ersetzen. Nicht zuletzt würde damit das Problem der Glühstrümpfe, die radioaktives Thorium enthalten können, minimiert. Wir wollen Innovationen zur Energieeinsparung und für eine gute Beleuchtung in Berlin. Längst gibt es moderne Leuchten, Düsseldorf macht ein Modellprojekt mit Halbleitern – LED –, auch die Stadt Wien geht in diese Richtung.

Wir wollen im Ausschuss diskutieren, wie der wirtschaftlichste Betrieb der Beleuchtung dieser Stadt erreicht werden kann.

Andreas Otto